

Rechte von Minderheitsgesellschaftern einer AG

Dr. Matthias Schleicher

Although Korean law allows a foreign investor to be the sole shareholder of a Korean corporation, there may be good reasons to become a co-shareholder in a Korean company. While resolutions of the shareholders' meeting are in principle resolved with the majority of voting rights among the present shareholders, controlling a Korean stock company with regard to substantial structural changes requires a majority of two thirds or more of the share capital. On the other hand, even the remaining minority shareholders have significant rights under the Korean Commercial Code increasing depending on their amount of holdings. In this respect, all shareholders even with only one share or more have basic rights.

Auch wenn das koreanische Recht den Alleinbesitz an den Anteilen einer koreanischen Aktiengesellschaft zulässt, kann es für einen ausländischen Investor gute Gründe geben, sich am Unternehmen eines koreanischen Geschäftspartners zu beteiligen. So möchte er sich beispielsweise durch den Erwerb von Anteilen am Unternehmen des lokalen Vertragshändlers Kontrollmöglichkeiten sichern oder bei der Erschließung des koreanischen Marktes mit einem ansässigen Partner zusammenarbeiten, der die notwendigen Kundenkontakte mitbringt. Umgekehrt kann das ausländische Stammhaus ein Interesse daran haben, seinen lokalen Geschäftsführer oder wesentliche Mitarbeiter über eine Beteiligung stärker an die koreanische Repräsentanz zu binden.

Von den Beteiligten wird oft der dokumentarische Aufwand unterschätzt, den die Umsetzung entsprechender Vereinbarungen mit sich bringt. In einem Gesellschaftervertrag (Shareholder Agreement) sind Bestimmungen über diverse Regelungsgegenstände, wie die Beschränkung von Anteilsveräußerungen an Dritte (Vinkulierung), die Vererbung von Anteilen oder die Geschäftsführung zu treffen. Neue Aktien müssen ausgegeben oder bestehende Anteile übertragen werden. Die Satzung der Gesellschaft ist entsprechend anzupassen, die Organpositionen sind neu zu besetzen, Eintragungen und Anmeldungen unterschiedlichster Art müssen vorgenommen werden.

Unterschätzt wird zudem häufig das Streitpotenzial, das sich aus der Beteiligung mehrerer an einem gemeinsamen Unternehmen ergibt. Nicht selten entzündet sich der Streit an Meinungsverschiedenheiten der Beteiligten über ihre Rechte als Mehrheits- oder Minderheitsgesellschafter. Nicht allein deshalb ist die genaue Kenntnis der gesetzlich garantierten Rechte von Minderheitsgesellschaftern unentbehrlich, von denen nachfolgend die Wesentlichsten dargestellt werden. Ausgeklammert bleiben sondergesetzliche Regelungen für Finanzgesellschaften und börsennotierte Gesellschaften.

Mehrheitsquorum in der Hauptversammlung

Während Beschlüsse der Hauptversammlung grundsätzlich mit der Mehrheit der Stimmrechte der anwesenden Aktionäre und mindestens einem Viertel der ausgegebenen Aktien gefasst werden, sind für Beschlussgegenstände, die die Substanz der Gesellschaft betreffen, besondere Mehrheitserfordernisse vorgesehen. Einer Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmrechte der anwesenden Aktionäre und mindestens eines Drittels der ausgegebenen Aktien bedürfen unter anderem Satzungsänderungen, die Veräußerung wesentlicher Vermögensgegenstände der Gesellschaft, der Erwerb des gesamten Geschäftsbetriebs einer anderen Gesellschaft oder eines wesentlichen Teils davon, wenn dies wesentliche Auswirkungen auf die Geschäfte der übernehmenden Gesell-

schaft hat. Gleiches gilt für die Abberufung von Vorstandsmitgliedern, die Auflösung der Gesellschaft, Kapitalherabsetzungsbeschlüsse, die Ausgabe von Stock Options sowie für Verschmelzungen und Spaltungen.

Quotenrechte

Die Ausübung bestimmter Aktionärsrechte ist an vorgegebene Prozentsätze gebunden, mit denen der betreffende Aktionär am Gesellschaftskapital beteiligt sein muss. So kann ein Aktionär, der mindestens zehn Prozent der Anteile der Gesellschaft auf sich vereinigt, im Falle der Insolvenz der Gesellschaft einen Sanierungsantrag beim Konkursgericht stellen oder beim Landge-



richt die Auflösung der Gesellschaft beantragen, wenn die Geschäfte der Gesellschaft ernsthaft stagnieren oder ihr Fortbestand durch Misswirtschaft ernsthaft gefährdet ist.

Drei Prozent der Anteile sind beispielsweise erforderlich, um vom Vorstand die Einberufung einer außerordentlichen Hauptversammlung zu verlangen und bei dessen

Untätigkeit die Einberufung mit gerichtlicher Genehmigung selbst vornehmen zu können. Gleiches gilt für das Recht, vom Vorstand die Aufnahme von Tagesordnungspunkten in die Beschlussagenda der nächsten Hauptversammlung zu verlangen, das Recht, in die Rechnungsunterlagen und sonstige Unterlagen der Gesellschaft Einsicht zu nehmen und das Recht, beim Landgericht die Bestellung eines Prüfers zur Überprüfung der Geschäfts- und Vermögensverhältnisse der Gesellschaft zu beantragen, wenn der begründete Verdacht für unredliches Verhalten oder für Gesetzesverstöße durch das Management besteht. Hierher gehört schließlich auch das Recht, bei Gericht die Abberufung von Vorstandsmitgliedern zu verlangen, bei denen ein entsprechender Verdacht besteht.

Lediglich ein Prozent der Anteile an der Gesellschaft sind erforderlich, um im

allerdings keinen Einfluss. Wirkungsvoller ist das Rechtsmittel der repräsentativen Klage, mit der Aktionäre, die mindestens ein Prozent der Gesamtzahl der ausgegebenen Aktien in ihrem Besitz haben, von der Gesellschaft verlangen können, zur Durchsetzung der Haftung von Vorstandsmitgliedern gegen diese Klage zu erheben. Bei Untätigkeit der Gesellschaft für die Dauer von 30 Tagen kann der betreffende Aktionär im Namen der Gesellschaft selbst die Haftung auf dem Klagewege durchsetzen (sog. „representative suit“).

Aktionärsgrundrechte

Jeder Aktionär, der mindestens eine Aktie der Gesellschaft besitzt, ist befugt, beim zuständigen Landgericht diverse Anfechtungs- und Nichtigkeitsklagen zu erheben. Hierzu gehören unter anderem Anträge auf Anfechtung oder Nichtigkeit eines Hauptversammlungsbeschlusses, der Ausgabe

Gewinn- und Überschussverfügungsrechnung oder Verlustdeckungsrechnung sowie Geschäftsbericht des Vorstands) zu nehmen. Gleiches gilt für die Einsichtnahme in die Satzung, die Protokolle der Hauptversammlung, das Aktienbuch und das Schuldverschreibungshauptbuch.

Schließlich ist es jedem Aktionär möglich, durch sein Veto die Entlastung der Vorstandsmitglieder und anderer Gesellschaftsorgane in der Hauptversammlung zu blockieren.

Fazit und abschließende Hinweise

Generell ist festzuhalten, dass die unabhängigen Rechte koreanischer Minderheitsaktionäre weiter gehen und deren Ausübung an niedrigere Mindestschwellen gebunden ist, als nach deutschem Aktienrecht. Allerdings ist auch anzumerken, dass die koreanische Rechtsprechung bei einzelnen Minderheitsrechten, etwa dem Klagerecht auf Abberufung von Vorstandsmitgliedern, bislang sehr strenge Maßstäbe angelegt hat und Gesellschafterstreitigkeiten in Korea tendenziell weniger unter Berufung auf verbrieftete Rechtspositionen ausgetragen werden als in Deutschland. Bei Verhandlungen mit koreanischen Partnern sollte der ausländische Investor beachten, dass eine Kontrolle über die Gesellschaft in Bezug auf wesentliche Strukturänderungsmaßnahmen, welche die Gesellschaft in ihrem Bestand betreffen, nur mit einer Zweidrittelmehrheit der stimmberechtigten Aktien ausgeübt werden kann.

Für weitergehende Informationen zum Recht der koreanischen Aktiengesellschaft in deutscher Sprache sei auf die Abhandlung des Verfassers mit dem Titel „Vorstand, Vorstandsmitglieder und Aufsichtsräte von Aktiengesellschaften koreanischen Rechts“, verwiesen, die 2007 im Schulthess Verlag (Zürich) erschienen ist.

Dr. Matthias Schleicher ist deutscher Rechtsanwalt und Foreign Legal Consultant bei Kim & Chang in Seoul.



Namen der Gesellschaft gegenüber einem Vorstandsmitglied die Einstellung einer Handlung zu verlangen, die gegen ein Gesetz, eine Verordnung oder gegen die Satzung verstößt und die Entstehung eines unheilbaren Schadens für die Gesellschaft befürchten lässt. Nimmt das betreffende Vorstandsmitglied die Handlung dennoch vor, so hat das Einstellungsverlangen auf die Rechtswirksamkeit der Handlung

neuer Aktien, der Kapitalherabsetzung, der Verschmelzung mit einer anderen Gesellschaft sowie der Aufspaltung der Gesellschaft.

Alle Aktionäre sind (insoweit gleich Gesellschaftsgläubigern) weiterhin befugt, während der Geschäftszeiten Einblick in die finanziellen Unterlagen der Gesellschaft (Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung,